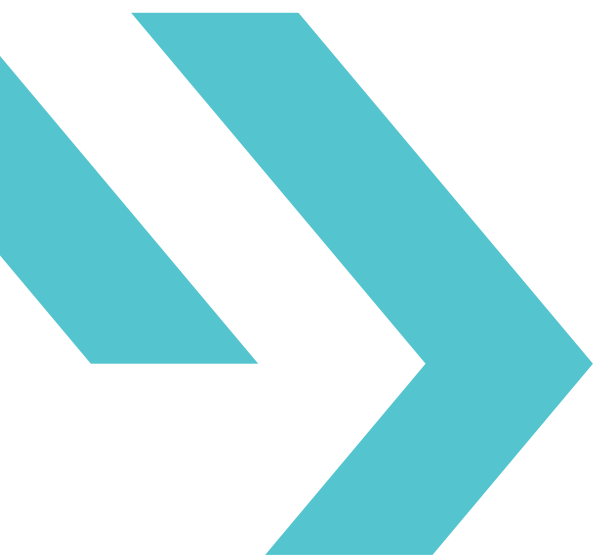


Die neue
Volkspartei



Das Regierungsprogramm 2017 bis 2022.

Für Arbeitnehmer und Familien.

Eine Zusammenfassung des OÖVP-Arbeitnehmerbundes.



Die zentralen Anliegen.

1. Eine klare **pro-europäische** Haltung
2. **Keine neuen Steuern**
3. Eine **echte Entlastung** für die Menschen mit der Reduktion der Steuern- und Abgabenquote auf 40 %
4. **Neue Gerechtigkeit** & die Reform der Mindestsicherung & flexiblere Arbeitszeiten
5. **Weniger Regulierung** und Regeln, die aber wirklich eingehalten werden
6. Aufstieg durch Bildung muss möglich sein: **Bildungspflicht**; Deutsch vor Schuleintritt
7. **Mehr Sicherheit** durch Stärkung der Polizei und keine illegale Migration
8. **Digitalisierung** positiv nutzen: Vorreiter beim Breitbandausbau 5G und Digitalisierung der Ämter
9. **Klimastrategie**, die unser schönes Land und unsere Umwelt schützt
10. **Ausbau der Direkten Demokratie**

Das gesamte Regierungsprogramm und weitere Zusammenfassungen finden Sie online.

 www.sebastian-kurz.at

 www.oee-oeaab.at





Bundeskanzler
Sebastian Kurz

Klubobmann
August Wöginger

„Ich freue mich, dass die Verhandlungen stets auf Augenhöhe geführt wurden. Wir wollen einen **neuen politischen Stil** leben. Das Regierungsprogramm ist die Basis für die Zusammenarbeit der nächsten fünf Jahre. Unsere Ziele sind klar: Wir wollen die **Steuerzahler entlasten**, den **Standort stärken** und für **mehr Sicherheit** sorgen.“

- Sebastian Kurz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die neue Bundesregierung ist angelobt. Das Regierungsprogramm liegt vor. Viele wichtige Vorhaben – und vor allem ÖAAB-Schwerpunkte – konnten verankert werden, die wir auf den nächsten Seiten kurz zusammengefasst haben.

In intensiven und konstruktiven Verhandlungen wurden eine Reihe von Ideen und Vorstellungen des zukünftigen Koalitionspartners verhindert, die unseren Werten und Idealen als ÖVP-Arbeitnehmerbund widersprochen hätten.

Wir haben immer klar gesagt, dass die ÖAAB-Vertreter für eine Zerschlagung von bestehenden Systemen nur der Veränderung wegen nicht zu haben sind. Eine Weiterentwicklung und ein Zukunftsfit machen muss aus unserer Sicht aber möglich sein. Immer mit Blick auf eine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger!

Einzig bei der Nichtraucherregelung mussten Kompromisse eingegangen werden. Dieser Schritt war nicht unser Wunsch, wurde aber von der FPÖ zu einer Koalitionsbedingung gemacht. Wir verstehen die aktuelle Kritik an dieser Maßnahme. Die Men-

schen hätten es aber auch nicht eingesehen, wenn man das Zustandekommen der Regierung an diesem Thema scheitern lässt.

Jetzt geht es darum, die geplanten Maßnahmen in die parlamentarische Umsetzung zu bringen und dort aktiv und im Interesse der Arbeitnehmer und Familien mitzugestalten. In meiner Funktion als ÖVP-Klubobmann im Parlament darf ich dabei eine besondere Rolle einnehmen.

Ich bitte Sie, mich dabei aktiv zu unterstützen!

Klubobmann August WÖGINGER
ÖAAB-Bundes- und Landesobmann





Der neue Weg für Österreich.

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 %
- „Familienbonus Plus“: 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

**Die neue
Volkspartei**

Steuerentlastung

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie Vereinfachung des Einkommensteuerrechts
- Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen
- Senkung der Lohnnebenkosten ohne Leistungsreduktionen
- Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrages für niedrige Einkommen
- Abschaffung der kalten Progression



Arbeit

- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, um Arbeitszeitvolumen besser an die Auftragslage anpassen zu können und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit zu ermöglichen
- Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs unter Einbeziehung der Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Angleichung der Belegschaftsorgane (Betriebsräte)
- Stärkung und Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung, z.B. Weiterentwicklung der betrieblichen Lehrstellenförderung, Modernisierung der Lehrberufe, Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Lehre und Fachhochschulen
- Schulungen von Arbeitssuchenden verstärkt in Kooperation mit Unternehmen und auf einen konkreten Arbeitsplatz bezogen
- Beschäftigungsanreize durch eine Neuausrichtung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Bedarfsorientierter Mindestsicherung
- Mehr Beschäftigungsanreize und Effizienz in der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Kombilohn, Betriebspraktika, Kurzarbeit) und Forcierung der Wiedereingliederung
- Zumutbarkeitsregeln schärfen mit dem Ziel, die Arbeitsplatzvermittlung zu erleichtern
- Qualifizierte Zuwanderung unter stärkerer Berücksichtigung des Bedarfs auf dem heimischen Arbeitsmarkt
- Umsetzung einer praxisgerechten Mangelberufsliste, die die regionalen Arbeitsmarktgegebenheiten berücksichtigt, und Ausbau überregionaler Vermittlung





- Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung: Fokussierung auf echte Fälle von Lohndumping und Verbesserung des grenzüberschreitenden Vollzugs
- Betriebliche Gesundheitsförderung weiter forcieren
- Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs für Pendler: Bekenntnis zu einem bundesweiten Ausbau von Park&Ride-, Bike&Ride- und Carsharing-Lösungen an Bahnhöfen

➤ Familie



- "Familienbonus Plus": Ein Plus bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr (Reduktion der Lohnsteuerpflicht; nicht negativ wirksam)
- Weiterentwicklung der antragslosen Verfahren zum Erhalt von Familienleistungen
- Europarechtskonforme Indexierung der Familienbeihilfe (Anpassung an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen EU-Staat)
- Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung: Flexiblere Öffnungszeiten, flächendeckender Ausbau schulischer Nachmittagsbetreuung, Ausweitung der Ferienbetreuung
- Mutter-Kind-Pass: Weiterentwicklung des Leistungsspektrums bis zum 18. Lebensjahr
- Kindeswohl: Zahnprophylaxe für Kinder und Jugendliche als Kassenleistung etablieren; kindgerechte Reha-Einrichtungen forcieren
- Reformen im Familienrecht: Einführung eines Doppelresidenzmodells,
- Evaluierung der Familiengerichtshilfe sowie verfahrensrechtliche Änderungen zur Beschleunigung der Verfahren in Familienrechtsangelegenheiten
- Ausbau der „Frühen Hilfen“, die einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der familiären Situation leisten
- Aktive Einbindung der Eltern im Bildungsbereich: Verpflichtende Integrationsmaßnahmen für Eltern mit Migrationshintergrund (z.B. verpflichtende Besuche von Elternsprechtagen)
- Besuch von Bundesmuseen durch spezielle preisliche Angebote, attraktivieren

➤ Jugend

- Bundesweite Vereinheitlichung des Jugendschutzes
- Gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten
- Betriebsratswahlen schon ab 16: Das aktive Wahlalter bei Betriebsratswahlen wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt (Harmonisierung mit „Wählen ab 16“) und ersetzt den Jugendvertrauensrat

➤ Frauen

- Gemeinsam mit Sozialpartnern Diskriminierungen in allen Kollektivverträgen prüfen und beseitigen (Anrechnung von Karenzzeiten und Vorrückungen)
- Veränderung der Dauer des arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes sowie des versicherungsrechtlichen Schutzes in Richtung der längstmöglichen Bezugsvariante des Kinderbetreuungsgeldes für alle Kinderbetreuungs-geldbezieher
- Ziel Einkommenstransparenz: Zusammenführung der bestehenden Einkommensberichte auf einen bundesweit einheitlichen Standard
- Rasche Weiterentwicklung und Evaluierung der Unterhaltshöchstgrenzen zur finanziellen Absicherung von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern
- Soziale Sicherheit für Frauen, auch im Alter: Pensionsansprüche der Eltern sollen während der Zeit der Kindererziehung und Betreuung geteilt werden
- Forcierung von Gender Medizin
- Frauenbudget absichern und Ausbau der notwendigen Einrichtungen (z.B. Gewaltschutzzentren, Notwohnungen sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen)
- Frauen in Krisensituationen unterstützen: Forcierung von Unterstützungsleistungen für Frauen in Konflikt- oder Notsituationen durch Geld-, Sach- und Beratungsleistungen





➤ Pensionen

- Abschaffung aller noch verbliebenen Pensionsprivilegien
- Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter
- Änderung des Prozentsatzes bei der Korridor-pension bei längerem Arbeiten
- Zuverdienst ab gesetzlichem Pensionsalter bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulassen
- Soziale Sicherheit im Alter gewährleisten: Ein spezieller Förderungsfonds für Langzeitversicherte, ein Sonderzuschuss für Menschen mit mehr als 30 Beitragsjahren sowie eine erhöhte Mindestpension von 1.200 Euro für Menschen mit 40 Beitragsjahren wird die soziale Absicherung im Alter sicherstellen
- Ausgleichszulage: Zuverdienst ab gesetzlichem Pensionsalter bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulassen
- Reform der Altersteilzeit: Anhebung des Zugangsalters zur Altersteilzeit (von derzeit 53/58 schrittweise Anhebung auf 55/60 Jahre)
- Ablöse des Berufsschutzes durch Einkommenschutz unter Einbindung der Sozialpartner: Einführung eines Teilpensionsrechtes als Einkommenschutz, wenn erlernter (höher bezahlter) Beruf auf Grund körperlicher Gebrechen nicht mehr ausgeübt werden kann
- Entfall von Beitragspflichten ins Pensionssystem und eine betragsmäßige Pensionsanpassung ab Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters bei Bezug einer Eigenpension



➤ Soziales

- Bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung und Deckelung der Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft auf maximal 1.500 Euro
- Intensives Coaching und signifikante Kürzungen bei Arbeitsverweigerung oder Schwarzarbeit
- Anspruch auf Mindestsicherung in Österreich setzt voraus, in den vergangenen 6 Jahren mindestens 5 Jahre legal in Österreich gelebt zu haben
- Mindestsicherung NEU: Reduktion der Geldleistung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte



- Ausbau des Konsumentenschutzes in Beratung und Rechtshilfe
- „Ehrenamt-Gütesiegel“: Zertifizierung und Dokumentation freiwilliger Arbeit und dabei erworbener Qualifikationen
- Transparenz der Kriterien und Leistungen im Bereich der persönlichen Assistenz und Angebote in Richtung „Best Practice“ ausbauen
- Abbau von Bürokratie für Menschen mit Behinderung
- Verstärkte Koordination und Forcierung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt



➤ Pflege

- Einheitliche finanzielle Rahmenbedingungen für Pflege und Betreuung in den verschiedenen Abstufungsformen
- Vermehrte Unterstützung pflegender Angehöriger und „One-Stop-Shop“ für Förderungen und Unterstützung
- Eigenes Sonderfach für Palliativpflege in der Facharztausbildung

➤ Bildung

- Einführung Bildungspflicht: Definition bestimmter Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse (Lesen, Schreiben, Rechnen, soziale und kreative Kompetenzen), die jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn beherrschen muss
- Erhalt eines differenzierten Bildungssystems und der Sonderschulen
- Klare Definition der Zielsetzungen von Bildung und Betreuung in den elementarpädagogischen Einrichtungen
- Chancen-Pass am Beginn der 7. Schulstufe: Prüfung der Bildungsstandards, um die richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen
- Überarbeitung und Präzisierung der Benotungssystematik für alle Schultypen und Schulstufen, aufbauend auf einer fünfteiligen Notenskala
- Verstärkte Vermittlung kreativer, handwerklicher, wirtschaftlicher und unternehmerischer Kompetenzen bzw. von Kenntnissen im MINT-Bereich





- Überarbeitung der Lehrpläne in Richtung Digital- und Medienkompetenz
- Deutsch vor Regelunterricht
- Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder mit keinen oder mangelnden Deutschkenntnissen
- Reform der Schulferienregelungen und Einführung von Herbstferien unter Einbindung der Schulpartner

➤ Gesundheit

- Stärkung des Hausarztes und der Gesundheitsversorgung vor Ort
- Einführung von Landarzt-Stipendien
- Verbesserung der Rahmenbedingungen, um Wartezeiten auf Operationen, Behandlungen und Untersuchungen transparent zu machen und zu reduzieren
- Vorsorgeuntersuchung in Verbindung mit Anreizen (z.B. Erlassen der E-Card Gebühr)
- Nachhaltige Reduktion der Sozialversicherungsträger auf maximal 5 Träger
- Mutter-Kind Pass: Weiterentwicklung des Leistungsspektrums bis zum 18. Lebensjahr
- Bekämpfung von Sozialmissbrauch
- Einführung der täglichen Turnstunde: Bundesweite Umsetzung der täglichen Bewegungseinheit für Kinder und Jugendliche bis zum Ende der Schulpflicht
- Verbesserungen im Schulärztesystem: Anonyme und elektronische Auswertung der schulärztlichen Untersuchungen sowie Planung und Monitoring von Präventionsprogrammen in Schulen anhand einer validen Datenbasis

➤ Wissenschaft

- Verbesserung der Studienbedingungen durch ein neues Zugangsregelungs-Management
- Einführung moderater Finanzierungsbeiträge von Studierenden, um die Verbindlichkeit des Studierens zu erhöhen
- Steigerung der Ausbildungs- und Studienplätze für digitale Berufe
- Abgestimmte Schwerpunktsetzungen der Hochschulen weiter fördern und stärkere Ausrichtung des Studienangebots am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf
- Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen und verstärkte Einbettung in universitäre Rahmen- und Steuerungsbedingungen

➤ Wohnen & Eigentum

- Wohnungseigentumsbildung erleichtern, Anreize für Wohnungsneubau und Schaffung eines neuen Mietrechts, um Wohnen wieder leistbarer zu machen
- Gebührenbremse bei Müll, Abwasser und Kanal
- Mehr Gerechtigkeit im sozialen Wohnbau: regelmäßige Mietzinsanpassungen für Besserverdiener

➤ Integration

- Stärkere Kontrolle und in letzter Konsequenz Schließung von islamischen Kindergärten und islamischen Privatschulen bei Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen
- Ausbau von verpflichtenden staatlichen Werte- und Orientierungskursen
- Staatsbürgerschaft als möglicher Abschluss einer erfolgreichen Integration: Neugestaltung des feierlichen Rahmens für die Verleihung



➤ Innere Sicherheit



- Attraktivierung des Polizeiberufs: Schaffung von bis zu 2.000 Ausbildungsplätzen ab 2019 und Schaffung von 2.100 zusätzlichen Planstellen
- Einführung von zukunftsorientierten Ermittlungsmethoden unter Ausbau des Rechtsschutzes
- Gesamtstaatliche Migrationsstrategie: Legale Migration nach den Bedürfnissen Österreichs,
- Bekämpfung von Fluchtursachen und Forcierung einer effektiveren Rückkehrpolitik
- Effizienz im Asylverfahren und Außerlandesbringungen steigern
- Einsatz für ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“: Entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel, maßvolles Resettlement sowie Versorgung von auf See Geretteten in „Rescue Centres“ außerhalb der EU

➤ Verwaltungsreform



- Schuldenbremse in die Verfassung
- Gebietskörperschaften übergreifende Förderungsdatenbank umsetzen und Sanktionen bei Nichtbefüllung einführen (Transparenzdatenbank)
- Entflechtung der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und Abschaffung gegenseitiger Blockademöglichkeiten
- Auflösung von Doppelstrukturen und Bündelung von Verwaltungsaufgaben
- Aufwertung des Volksbegehrens, nach erfolgreicher Evaluierung weiterer Ausbau der direkten Demokratie
- Prüfung der bestehenden Rechtsnormen gegen Dirty-Campaigning

➤ Justiz

- Weitere Strafverschärfung bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Beschleunigung von Verfahren u.a. durch Einsatz des elektronischen Rechtsverkehrs und Senkung sowie Deckelung der Gerichtsgebühren
- Forcierung des Konzepts „Haft in der Heimat“

➤ Landesverteidigung



- Angemessene rechtliche, organisatorische und budgetäre Ausstattung des Bundesheeres
- Attraktivierung des Grundwehrdienstes
- Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Milizbataillone auf nationaler Ebene
- Verstärkte europäische und internationale Kooperation bei Beschaffungen
- Bekenntnis zu Auslandseinsätzen und Aufstockung entsprechend den strategischen Interessen der Republik mit Fokus auf EU-Außengrenzschutz, Westbalkan, Nordafrika und Migrationsrouten

Die neue Volkspartei

"Ich bin überzeugt: **Österreich kann's besser**
und wir wollen einen Beitrag leisten,
Österreich in eine **bessere Zukunft** zu führen.
Wir wollen ein Land, in dem es nicht mehr Regulierungen
und Regeln gibt, sondern **weniger Regeln**,
die aber von allen eingehalten werden.
Österreich soll ein **Land der Vielfalt** sein,
aber mit Grundwerten, die für alle gelten.
Man muss sich in Österreich mit Arbeit
etwas aufbauen können – der, der arbeitet,
darf nicht der Dumme sein.
Und wir brauchen ein **treffsicheres Sozialsystem.**"

- Sebastian Kurz



ÖAAB. Der OÖVP-Arbeitnehmerbund.
Starker Teil der Neuen Volkspartei.

ÖAAB Oberösterreich
Harrachstraße 12/4, 4020 Linz
Tel. 0732/66 28 51 - 0, E-Mail oeaab@ooe-oeaab.at
www.ooe-oeaab.at